Angehörigen Info 81

G 10228 D
6.12.1991

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Zum „Welt"-Artikel vom 26.11.91

Es ist nichts Neues, daß staatlich gesteuerte Pressehetze gegen die politischen Gefangenen, ihre Rechtsanwälte oder Angehörigen und eben auch gegen das Angehörigen-Info stattfindet. Wie bereits berichtet, geschah letzteres erst am 14.11. und 21.11. durch Artikel in „Welt" und „Stern". Nachdem die „Welt" zwischenzeitlich eine vom GNN-Verlag geforderte „Klarstellung" gebracht hatte, glaubte man jetzt offensichtlich, nachlegen zu müssen. Daß es sich hierbei nicht einfach um reaktionäre Hetze handelt, wird deutlich, wenn man sich den Zweck des neuesten „Welt"-Artikels „Was steckt hinter dem Angehörigen-Info?" vom 26.11.91 einmal näher anguckt.

Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden
Aufhänger aller obengenannter Artikel war der Abdruck jener Presseerklärung jener Flüchtlinge aus Greifswald. Auf diese Weise wird versucht, diese Menschen in die Nähe des „Terrorismus" zu rücken, wobei jener Schreiberling, der auch für diesen „Welt"-Artikel verantwortlich zeichnet, ganz „zufällig" einen Tag später in der „Welt" einen Artikel veröffentlicht, in dem er u.a. die Behauptung aufstellt, kurdische Asylsuchende seien in Wahrheit „oft Anhänger und Sympathisanten der verbotenen Organisation Dev Sol, die mit der PKK zusammenarbeitet". Derartige Hetze gegen Asylsuchende entspricht dem bekannten Raster von Lüge, Verfälschung und Verdrehung. Wozu auch gehört, zu suggerieren, daß ein weiteres Indiz eben der Abdruck jener Erklärung im Angehörigen-Info ist. Da also nach Lesart jener Staatsschutzstrategen das Angehörigen-Info ein „RAF-Blatt" ist, ist dieser Abdruck „Beleg" für die „Vereinnahmung" der Flüchtlinge durch das „terroristische Umfeld", speziell der RAF. Mit anderen Worten: Wer sich als Asylsuchender hiervon vereinnahmen läßt, will in Wahrheit ganz anderes als menschenwürdig leben.

Hetze gegen den GNN-Verlag
Die Kombination von verschiedenen Halbwahrheiten — z.B. die Redaktion liege beim GNN-Verlag, der GNN-Verlag würde vom kommunistischen (!) BWK betrieben usw. — soll den Eindruck erwecken, der GNN-Verlag sei in die Aktivitäten des „RAF-Umfeldes" (was dzudem untermauert wird durch den Hinweis auf „einschlägige" weitere Veröffentlichungen des Verlages) eingebunden. Auf diese Art kann zugleich ein — nicht zuletzt auch unter ökonomischen Bedingungen zu sehender — Angriff gegen den GNN-Verlag erfolgen.

Das Angehörigen-Info als Teil des „terroristischen Umfeldes"
Als notwendig wichtigster Teil wird versucht, die Funktion des Angehörigen-Infos innerhalb des „terroristischen Umfeldes" zu belegen. Dieses ist deshalb wichig, weil hierauf alles andere aufbaut, was unterschwellig behauptet wird. Einmal mehr wird hierbei mit verfälschten Zitaten (Christian Klar) und einer Mischung aus bereits bekannten Vermutungen und Behauptungen gearbeitet, die bereits aus der Kampagne gegen die politischen Gefangnen und ihre Rechtsanwälte bekannt sind. Ergänzt wird dies durch die Behauptung, das Info fungiere als „Organ bei den jeweiligen Kampagnen des RAF-Umfeldes", und es macht sich gut, hierbei das Gespenst des „internationalen Terrorismus" einzuführen. Während die Angehörigen der politischen Gefangenen nur als „Angehörige" in Anführung erwähnt werden, hält es der Schreiberling auftragsgemäß für nötig, einzelne Personen namentlich zu erwähnen, sozusagen als „Beleg", daß in Wahrheit das „terroristische Umfeld der RAF" Inhalt und Auftrag des Angehörigen-Infos diktiert.

Gerade jener letzte Punkt aber ist das deutlichste Indiz für die staatlich gelenkte Lohnschreiber-Tätigkeit. Denn hier konnte man nicht durch bloßes Lesen, sondern vielmehr durch „Erkenntnisse" staatlicher Stellen gezielt einzelne herausgreifen. Und auf solche „Erkenntnisse", gewonnen durch die dubiosen und zum Teil rechtswidrigen Aktionen der „Staatsschutz"-Behörden, geht eben jener Artikel zurück, wie überhaupt die entsprechend gelenkten Kampagnen gegen Gefangene, Angehörige, Anwälte etc. Wir haben bereits etwas über die neugeschaffene KGT (Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung) gesagt, und wir werden dies fortsetzen.

Daß das Angehörigen-Info gerade jenen ein Dorn im Auge ist, daß sie es am liebsten „erledigen" wollen, können wir nachvollziehen. Aber weder Staatsschutz-Lohnschreiber noch andere werden verhindern, daß dieses Angehörigen-Info erscheint. Und immer noch fallen Lügen, Verfälschungen und Verdrehungen meist jenen auf die Füße, die sie produzieren. Wer zuviel lügt, den bestraft die Geschichte — und wer derart lohn-abhängig schreibt, Herr Mletzko, sollte sich nicht Journalist nennen ...

d. Red.

Die „Welt" fragt — wir antworten

Die Frage „Was steckt hinter dem Angehörigen-Info" ist einfach beantwortet: der Grundsatz der Pressefreiheit.

Aber die Frage ist falsch gestellt, weil es ihnen darum geht, *wer* hinter dem Info steht. Es sind Mütter, Väter, Geschwister von derzeit aus politischen Gründen Inhaftierten. Zu diesem Kreis gehören selbstverständlich auch ehemalige Gefangene und andere, die sich einer ungehemmten Macht- und Profitpolitik der großen Industrienationen entgegenstellen wollen.

eine Angehörige

Gabi Hanka und Sigrid Happe zur Kampagne „500 Jahre Kolonialismus und Widerstand"

wir wollen einige worte zu der jetzt laufenden aktionswoche im zusammenhang der kampagne 500 jahre conquista und widerstand.

uns ist es deshalb so wichtig, weil wir wissen, daß sich viele unterschiedliche gruppen aus europa und lateinamerika an dieser kampagne beteiligen und wir darin die möglichkeit sehen, daß es zu einer verständigung über die aufgaben kommen kann, die sich heute jeder politischen bewegung stellen.

was wir damit meinen, können wir an drei einfachen fragen

Aus dem Inhalt:

sagen. die erste ist: wo stehen wir — wie begreifen wir die objektive situation, was ist unser boden, die zweite ist: wo wollen wir hin, welche konkreten ziele nehmen wir uns vor, und die dritte ist: wie können wir sie erreichen — welche organisierung und praxis brauchen wir.

die situation ist komplex, das ist allen klar, die probleme eskalieren in einem immer schnelleren tempo, und es war und ist seit zwei jahren eine ständige anstrengung, den überblick nicht zu verlieren.

es gab die wiedervereinigung, und die linke hat die augen verdreht, aber was tun, außer noch ein wenig versuchen aufzuhalten, was längst gelaufen war, wußte niemand. es gab den krieg gegen den irak, er war durch die politische und militärische vorbereitung kommen zu sehen, aber niemand wollte es glauben, bis es wirklich passierte, und dann wurden zwar wut und empörung ausgedrückt, aber es war zu spät, um den krieg noch zu verhindern, und es gab keine politische kraft, die die desorientierungen und widersprüchlichkeiten, die zum teil bewußt geschürt wurden, auffangen konnte.

es gab die strukturen nicht, und es gab keine vorstellung, um angemessen zu handeln. beides gehört zusammen, und es ist die aufgabe, die sich der linken heute stellt: wieder dahin zu kommen, fähig zum politischen handeln zu werden, um einfluß zu nehmen auf die gesellschaftliche entwicklung hier wie international.

die vielschichtigkeit und beschleunigung der probleme wird nicht weniger, sondern jeden tag mehr.

und ein kampfprozeß kann sich unserer vorstellung nach in der gegebenen situation nicht anders entwickeln als in konkreten schritten für reale veränderungen in den zentralen gesellschaftlichen auseinandersetzungen, in der diskussion und organisierung dafür.

wir sagen nicht, daß es nichts gibt, gerade in letzter zeit hat es eine reihe praktischer initiativen gegeben, so wie es auch in der aktionswoche jetzt ist, und das ist wichtig, keine frage, denn schließlich geht es darum, etwas zu tun und zu lernen, sich in der veränderten situation zu bewegen.

nur, das wird nicht ausreichen, wenn sich nicht gemeinsame ziele vorgenommen werden, an denen strukturiert gearbeitet und konkrete politische kämpfe organisiert werden.

wir denken, daß ein stück dafür in dieser mobilisierung jetzt gegen die 500-jahre-feiern realisiert werden kann, aber bis jetzt sehen wir nirgends, daß so nachgedacht und an die kampagne rangegangen wird.

das ist aber genau die frage, um die es geht: rauszukriegen, wie stück für stück wieder boden gewonnen werden kann und welche schritte dafür notwendig sind.

dafür ist es wichtig, sich den ausgangspunkt klar zu machen, der die gesamte situation wie auch die eigene lage beinhaltet.

das ist jetzt für uns gefangene auch nicht anders.

in den letzten zwei jahren hat der staat alle möglichen maßnahmen eingesetzt, von zellenrazzien, medienkrieg bis zur drohung der zerschlagung bestehender kleinstgruppen, um das ziel — uns als menschen und darüber den politischen inhalt zu vernichten, doch noch zu erreichen.

daß sie jetzt wieder damit kommen, hängt damit zusammen, daß wir, die gefangenen aus guerilla und wiederstand, für sie ein zentraler ansatzpunkt in ihrer historischen abrechnung wie auch gegen zukünftige kämpfe sind. sie wollen an uns die geschichte der kämpfe und ihre perspektive auslöschen, weil wir für sie greifbar sind und an unseren politischen zielen festhalten. das, was wir verkörpern und worum wir kämpfen, steht konträr zu der entwicklung, die sie anstreben, in der sie alles diktieren wollen, und niemand soll sie daran hindern können . . .

das zeigt sich auch konkret an ihrem vorgehen gegen uns, in dem sie nur eines demonstrieren: daß sie nichts zulassen wollen, sondern im gegenteil unsere bedingungen wieder verschärfen. so werden wir z. b. seit einem jahr systematisch von informationen abgeschnitten. für uns verschiebt sich die ausgangslage entsprechend wieder dahin, daß der kampf um zl und freie kommunikation und information im mittelpunkt aller aktivitäten im zusammenhang mit uns stehen muß.

wir brauchen sie gegen die gezielte und für uns jeden tag spürbare zerstörung in der isolation, und nur an den realen schritten zur veränderung unserer situation kann sich klären, auf welcher grundlage die diskussion um die neu-konzipierung einer politik der umwälzung, zu der auch die reflexion unserer geschichte gehört, mit uns überhaupt möglich ist.

die erfahrungen, die wir in den letzten zwei jahren machen mußten, betreffen aber nicht nur uns. im kern ist es das, was in allen gesellschaftlichen auseinandersetzungen zu sehen ist. die von der gesellschaft völlig abgelöste macht tut nichts anderes, als mit krisenverwaltungsstrategien jede reale, politisch-menschliche lösungsmöglichkeit der existentiellen probleme zu blockieren und mit gewalt jede entwicklung zu verhindern, die nicht von ihr allein diktiert wird.

das ist es überall und macht klar, daß der schwerpunkt der diskussion heute notwendigerweise ein anderer ist als noch vor zwei, drei jahren.

sie müssen einmal daran geführt werden, was unmittelbar aus der situation sofort getan werden muß — wie z. B. jetzt massiven schutz und gegenwehr zu organisieren für die und mit den menschen aus anderen ländern gegen rassistische angriffe, gegen die staatliche politik, die sie provoziert —

und sie müssen daran orientiert sein, ein weltweites zusammenkommen der kämpfe an gemeinsam bestimmten zielen aufzubauen, wie z. b. für die streichung der schulden, um in der kontinuität der internationalen kämpfe einen unumkehrbaren prozeß der umwälzung jener struktur einzuleiten, wie sie heute als weltmarkt existiert.

wir sind überall mit der gleichen entwicklung konfrontiert, und die letzten jahre haben nochmal deutlich gezeigt, daß kein land oder volk sich aus den globalen strukturen rauslösen und eine wirklich unabhängige, an den interessen der bevölkerung bestimmte politik machen kann, ohne durch die macht von iwf, weltbank, nato unter wirtschaftlichen und militärischen druck gesetzt zu werden.

durch die einschneidenden veränderungen der letzten jahre ist die dominanz des kapitals auf eine stufe gekommen, die vor nichts mehr halt macht, und wie der golfkrieg gezeigt hat, sind diese herren der welt zum einsatz aller mittel bereit, wenn sich jemand ihren ökonomischen und militärischen interessen entgegenstellt.

davon müssen wir ausgehen.

der zusammenbruch der sowjetunion bedeutet das ende einer ganzen historischen phase, und damit ist der entwicklungsraum, der innerhalb dieses kräfteverhältnisses noch vorhanden war, auch abgeschnitten.

durch die auflösung der ost-west-konfrontationsstellung sind den imperialisten die hände frei, um die globale auseinandersetzung als ausgedehnten krieg gegen die massen im süden und die ausgestoßenen in den imperialistischen staaten vorzubereiten und zu führen.

die dämme sind gebrochen, und jetzt wird abgerechnet und einkassiert auf allen gebieten und auch mit jeder vorstellung für ein anderes leben als das der marktwirtschaftlichen verwertbarkeit.

nur ihre wahrheit soll gültigkeit haben, ihre werte, ihre moral und ihre menschenrechte — für uns gibt es keine. aber so

einfach geht das alles nicht, und wenn sie die westlichen demokratien als das einzig wahre in den himmel heben, dann wissen wir sehr gut, was das bedeutet, und die menschen im süden wissen es auch, denn es meint einzig und allein eine zukunft in luxus und wohlstand für eine schmale elite, die nutzen und profit aus dem kapitalismus zieht, auf kosten des leids und elends der massen. sie schreien „sieg", während die ganze welt ein einziges pulverfaß ist. überall explodieren die widersprüche, und das prinzip „jeder gegen jeden" wird zur umfassenden realität. soziale werte verschwinden, gesellschaftliche strukturen zerreißen, und übrig bleibt das recht des stärkeren gegenüber dem schwächeren.

die entwicklung ist am umkippen und erzeugt eine destruktivität, die an den unterschiedlichsten punkten zur entladung kommt.

das sieht man im krieg in jugoslawien, in dem kochenden rassismus vor allem in europa und den usa, das sieht man an den mörderbanden gegen straßenkinder in südamerika, und diese aufzählung ließe sich noch endlos fortsetzen.

der erbitterte kampf, auch noch etwas vom kuchen abzubekommen und nicht der allerletzte zu sein, der auf der strecke bleibt, zieht sich durch alle kontinente und gesellschaften.

dabei ist er längst aufgeteilt, und da können sie erzählen, was sie wollen — eine neue blüte wird es nicht geben. die propagierung davon hat lediglich den zweck, die menschen in einem zustand der völligen resignation zu halten oder in den individuellen überlebenskampf zu treiben. um zu verhindern, daß sich die existentielle verzweiflung gegen die verursacher und verantwortlichen umdreht.

die stufe, auf der die kapitalistische produktion und verwertung angekommen ist, schließt bereits heute 3/4 der weltbevölkerung aus jeder sozialen entwicklung aus bzw. findet auf ihrem rücken statt. denn es ist das prinzip, wie kapitalismus funktioniert, dessen ganze existenz sich nur über die zweiteilung der welt in ausbeuter und ausgebeutete aufrechterhält.

so geht es jetzt ums absichern und verteidigen denen gegenüber, die nicht teil der nochnutznießer sind, und das mit aller härte, denn sie wissen sehr gut über die instabilität der lage und daß sie auf dauer nicht milliarden von menschen abhalten können, leben zu wollen. es ist eine linie, an der die ausgebeuteten weltweit zusammenkommen können. die erfahrungen sind zwar unterschiedlich, aber sie gehen überall an die substanz der menschen, und es ist klar, daß es überhaupt keine andere möglichkeit gibt, als durch organisierten druck von unten die verhältnisse zu erzwingen, die sich an den lebensinteressen der menschen orientieren und nicht an dem profitwahn des kapitals.

die 500-jahre-conquista-und-widerstand-kampagne ist eine möglichkeit, an diesem internationalen prozeß zu arbeiten, und nur in diesem prozeß können sich die befreiungsperspektiven für uns alle in der veränderten situation neu herausbilden.

okt. 91 gabi und sigrid *(Gefangene aus dem Widerstand)*

Ein Beitrag von Heidi Schulz und Mathias Meyers

im sommer dieses jahres hatte der staatsschutz eine seit monaten laufende kampagne gegen den zusammenhang der politischen gefangnen verschärft und personalisiert an einigen gefangenen und anwälten inszeniert. kaum ein tag verging in diesem sommer, an dem nicht „berichtet" worden wäre über die sogenannte „zellensteuerung" von aktionen der raf „durch die gefangenen", vom „illegalen info-system", von „kurier-diensten" der anwälte und anwältinnen. „RAF-Häftlinge steuern alles" (Die Welt v. 24.6.1991) — so die quintessenz der kampagne.

die tatsache, daß der riesige staatsschutzapparat seit nunmehr fünf jahren niemand aus der raf neu in isolationshaft hat nehmen können, bringt sie dazu, daß sie versuchen, ihre legitimation zu konstruieren über die behauptete „gefahr", die von den gefangenen ausgehe. die methode ist altbekannt, um ihr ganzes arsenal gegen die zusammenlegung zu mobilisieren und die isolation bei einzelnen noch zu verschärfen.

Wir drucken hier einen Artikel aus den „Itzehoer Nachrichten" vom 28.11. *zur Geburtstagskundgebung vor dem Knast in Itzehoe ab.*

Von Herzen kamen die Glückwünsche. „Ich und meine Freundin wünschen Dir alles Gute mit tausend Küssen." Ein Lautsprecher trug die Grüße der jungen Frau hallend über den nassen Asphalt. Zurückküssen konnte der Geehrte nicht. Gitterstäbe trennten Knud Andresen von seinen rund 120 Geburtstagsgästen vor dem Itzehoer Gefängnis.

Die Geburtstagsgäste hatten sich eine Menge einfallen lassen, um dem nun 26 Jahre alt Gewordenen die Ehre zu erweisen — ebenso heiß wie innig: Feuerspucker nahmen Lampenpetroleum zu sich, spuckten es — an einer Fackel prustend entzündet — als gigantische Feuerbälle in den abendlich-dunklen Himmel.

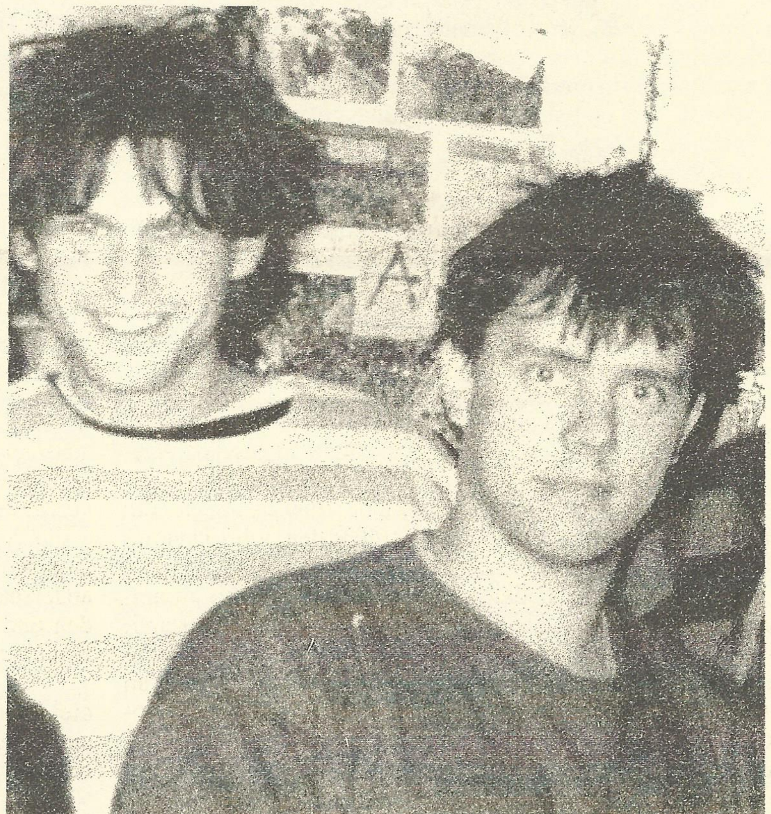
Jongleure demonstrierten dem Inhaftierten mit feurigem Fackel-Ballett, daß für ihn noch manches Licht „draußen" brennt.

Scheinbar „Roncalli"-geschulte Künstler ließen metergroße Seifenblasen am Polizei-Hochhaus emporsteigen.

Sprechchöre deklamierten hoffnungsfrohe Befreiungs-Poesie („Mit Power durch die Mauer / bis sie bricht") und sangen Geburtstagslieder.

Der gefeierte Knud konnte die gelungene Show vom Gitterfenster des Gemeinschaftsraums aus genießen . . .

Lieber Knud, auch von uns die allerbesten Wünsche (die Redaktion des Infos)



links Ralf Gauger, rechts Knut Andresen

in diesem zusammenhang steht auch die durchsuchung am 10. juli in ossendorf nach dem besuch von heidis anwalt, wo ihre gesamten anwaltsunterlagen beschlagnahmt wurden; und zwei tage später, nach einer razzia in büro und wohnung des anwalts (und der verlegung von heidi, sieglinde hoffmann, ingrid jakobsmeier und christa eckes nach bielefeld) wurde ein ermittlungsverfahren wegen „unterstützung einer terroristischen vereinigung" gegen den anwalt eingeleitet und ein antrag auf ausschluß von der verteidigung gestellt. dieser ausschlußantrag der bundesanwaltschaft wurde vom bundesgerichtshof anfang august abgelehnt. nach monatelanger kampagne stellt sich die „substanz" als *nichts* heraus. und so läuft das immer wieder, jetzt seit zwanzig jahren, es wird zu den einfachsten gedanken und den wenigen möglichkeiten zum austausch von politischen gedanken und vorstellungen behauptet und konstruiert, was mit der wirklichkeit, den inhalten und mit dem, worum es geht, nichts mehr zu tun hat.

nachdem ein paar wochen funkstille in den medien war, ging diese kampagne in etwas abgewandelter form zu unserer heirat am 25.9. weiter. jetzt konkret gegen mathias lanciert und konstruiert. inzwischen bringen sie das also bald zu jedem, der heidi besucht — das kalkül ist überdeutlich: mit spekulationen, vermutungen, unterstellungen und öffentlichen verfolgungsjagden sollen neue angepeilte verschärfungen vorbereitet und gerechtfertigt werden, gegen besucher und gegen die gefangenen.

nachdem sie die hochzeit nicht verhindern konnten, hat der apparat dann bereits eine woche vor unserer heirat sämtliche medien informiert. inhalt und „qualität" der verfütterten informationen verrieten die informanten. über die absicht der hochzeit war in anwesenheit von beamten des landeskriminalamtes nordrhein-westfalen und in knastzensierten briefen gesprochen worden.

am 18.9.1991 wußte ein gewisser jürgen kleinkampf im dritten programm des südwestfunk hörfunkprogramms zu berichten, in welchen knästen mathias bisher politische gefangene besuchte — eine information, die ausschließlich vom bka/lka weitergegeben werden kann.

der hessische rundfunk (mittagsmagazin v. 18.9.91): „sie (die polizei) hat bei dieser eheschließung ein ausgesprochen mulmiges gefühl. denn ehemann mathias ist zwar strafrechtlich nicht in erscheinung getreten, wird aber dem terroristischen umfeld zugerechnet. vor allem eines macht die polizeibehörden, egal ob beim bundeskriminalamt oder bei den landeskriminalämtern, besonders stutzig. mathias hat in den letzten jahren zu etlichen inhaftierten terroristen kontakt gehabt als besucher in den besonders gesicherten gefängnissen vom bayrischen aichach bis stuttgart-stammheim. der 32jährige war sozusagen freiwilliger stammgast in den hochsicherheitstrakten."

intention der „berichte" war: „wieso wird diese hochzeit nicht verhindert?" wieso kann eine seit neun jahren inhaftierte „top-terroristin" (hr 1) ein „recht" auf heiraten haben? wieso kann jemand, der politische gefangene besucht, eben jene heidi schulz heiraten?

die hochzeit wurde von den medien, die einige wochen vorher noch die kolportagen von baw und bka bereitwillig transportierten, zu einem spektakel stilisiert. vollständiger name und adresse des ehemanns, die namen der trauzeugen, fotos wurden präsentiert; sie wurden als politisches „freiwild" preisgegeben. das fernsehprogramm des südwestfunks zeigte straßenschild, hausnummer und klingelschild der wohnung — eine einladung an die jungen faschisten, die zu der zeit ihren haß an ausländerwohnheimen abluden.

hintergrund dieser inszenierung des staatsschutzes ist der haß auf die menschlichen beziehungen, die trotz aller isolation zu den politischen gefangenen aufrechterhalten werden — gegen alle versuche, eben diese mit ihrem programm zu zerstören.

deutlich läßt sich daran auch die rolle und funktion der medien aufzeigen: sie erhalten ein paar aus observation, überwachung und zensur zubereitete „informationen", und schon schießen sie los mit lügen, dreck und mutmaßungen (anders als früher brauchen sie keinen druck mehr — sie kriegen ein paar „informationen" aus dem „terrorismus ressort", und sofort läuft die maschinerie wie geschmiert). besucher von politischen gefangenen werden als „kuriere" verdächtigt, und kontakte zu den gefangenen werden zur kriminalisierung freigegeben — es wird zu „härteren maßnahmen" aufgefordert, bis hin zu der debatte, die permanente totale kontaktsperre zu verhängen.

wie die kampagne im sommer dieses jahres ist die gefütterte „berichterstattung" über die hochzeit einer politischen gefangenen ausdruck des isolationsprogramms, das der staatsschutz seit zwanzig jahren versucht zu realisieren: zerstörung der identität und von jedem ausdruck der menschlichkeit der politischen gefangenen — und die menschen, die sich draußen gegen dieses programm stellen, werden mit der veröffentlichten kriminalisierung und bedrohung versucht einzuschüchtern.

sie wollen, daß *niemand* es mehr wagt, kontakt aufzunehmen und für haftbedingungen einzutreten, die ein überleben für die politischen gefangenen mit ihrer menschlichen und politischen identität ermöglicht. sie wollen, daß *niemand* es mehr wagt, für die freiheit der politischen gefangenen zu kämpfen.

(entnommen aus: clockwork 129a Nr. 26 vom 14. 11. 91)

Baskischer Hungerstreik in der 10. Woche

Ab 7. Dezember alle Gefangenen im Streik

Der Hungerstreik, mit dem die baskischen politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung in den Gefängnissen Euskal Herrias (Baskenland; Anm. d. Ü.) kämpfen, ist inzwischen in seine zehnte Woche getreten. Nach unseren letzten Informationen aus der EGIN vom 18.11.91 beteiligten sich in der achten Woche die baskischen Gefangenen in Avila, Segovia, Valladolid, Palencia und Soria an dem Streik; die 25 Gefangenen lösten die 61 Gefangenen in Carabanchel und Alcalá-Meco ab.

Der Hungerstreik begann am 30. September und wechselt wöchentlich. Bis zum 7. Dezember werden sich alle Gefangenen des Kollektivs an der Aktion beteiligt haben. An diesem Tag tritt der Kampf in eine neue Phase, denn von da an werden sich alle Gefangenen in den spanischen und französischen Gefängnissen gleichzeitig in dem Streik befinden; das sind annähernd 520 Gefangene, verteilt auf 97 Gefängnisse.

Wie die Gefangenen selbst mitteilten, kam es in den Gefängnissen von Alcalá-Meco und Carabanchel in der vergangenen Woche zu verschiedenen Repressalien. Die baskischen Gefangenen, die sich in Carabanchel auf der sechsten Galerie befanden, erklärten, daß sie am 7. November in eine andere Galerie verlegt worden seien. Dabei seien sie geschlagen und beleidigt worden; es seien Drohungen gegen sie ausgestoßen worden wie „sie sollten euch alle töten". Die Gefangenen der siebten Galerie erklärten ihrerseits, daß am 6. und 7. November ihre Zellen durchsucht worden seien; dabei hätten die Beamten ihre paar Habseligkeiten zerstört. Die baskischen Frauen in Carabanchel wiesen auf das Fernbleiben des medizinischen Dienstes hin; es habe keine Untersuchung ihres Gesundheitszustandes stattgefunden. Anderenortes wurde bekannt, daß der Gefangene Antonio Otamendi während seiner jüngsten Verlegung von Alcalá nach Zamora von den Gefängnisbeamten mißhandelt worden ist. In Ocaña-2 wurden Pedro Belastegi die Besuche seiner direkten Familienangehörigen eingeschränkt, die übrigen verboten. Ähnliche Verschärfungen gibt es auch bei allen baskischen Gefangenen in Jerez de la Frontera, die die Besuchsgenehmigungen inzwischen wöchentlich beantragen müssen.

Die EGIN vom 18.11. berichtet ferner, daß sich in der vor-

hergehenden Woche um die 2000 Personen an den Mobilisierungen beteiligt haben, zu denen „Senideak" aufgerufen hatte. „Senideak" ist die vor einigen Wochen gegründete neue Organisation der Mehrheit aller Angehörigen baskischer Gefangener, Flüchtlinge und Deportierter (demnächst mehr zu ihr).

Türkei: Isolationsknast geschlossen

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei gegen die Verlegung vieler in das Isolationsgefängnis von Eskişehir hatte Erfolg. Das Gefängnis wurde geschlossen und die Gefangenen in ihre Gefängnisse zurückverlegt.
Verschwunden. Hüseyin Toraman ist seit ein paar Wochen verschwunden, ebenso, seit dem 18. 11. 91, Erhan Meydan. Beide sind in Istanbul von Zivilpolizisten verschleppt worden. Keiner weiß, wo sie sind. Keiner weiß, was mit ihnen passiert.
Fenstersturz. Der 18jährige Sohn der Vorsitzenden von DEMKAD (Frauenverein für Demokratie) wurde letzte Woche in Istanbul vom Dach des achtstöckigen Gebäudes, wo das DEMKAD-Büro ist, gestoßen. Täter waren Beamte der Politischen Polizei. Hüseyin Fidanoğlu starb auf der Stelle. Er hatte drei Jahre zuvor für sechs Monate im Knast gesessen, weil er an die Wände seiner Schule Parolen geschrieben hatte. Gegen seinen Tod protestierten nicht nur die Frauen von DEMKAD, sondern viele Demokraten und Antifaschisten.
Folter. Das Foltern und Mißhandeln von politischen Gefangenen in der Türkei hat nach wie vor kein Ende. Aktuell bekannt gewordenes Beispiel: die Krankenschwester Mediha Curabaz wurde in Adana, einer Stadt am Mittelmeer, wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation festgenommen und nach ihrer Festnahme vergewaltigt und mit Schlägen gefoltert.
Kurdistan. In Kurdistan wurde vor zwei Wochen ein alter Rentner, ehemals Mitglied der Türkischen Arbeitspartei TIP, von einem Todesschwadron in Siverek erschossen. Viele verschiedene gewerkschaftliche und andere Organisationen protestierten scharf gegen diesen faschistischen Mord. Obwohl die neugegründete Koalition zwischen Demirel und Inönü in der Öffentlichkeit immer wieder davon spricht, daß es um die Einhaltung der Menschenrechte ginge und um die Abschaffung von Folter, wird die alte Praxis ungehindert fortgesetzt.

„Gestern sah ich dich lachen . . ."

Gestern sah ich dich lachen
und die Gitter zersprangen
die Sonne trat in meine Augen
und durchströmte mich ganz
der Frühling streifte durch die Gänge
Türen sprengend
und bei deinem Lachen
wurden die Mauern zu Staub
und die Schlösser verwandelten sich in Glocken
die sangen
von der Geburt der Freiheit
über den Gefängnistrümmern.

Viviana Herrera
politische Gefangene in Chile

Erster Prozeß gegen Gefangene wegen wegen der Revolten im Straubinger Knast

Der erste einer ganzen Reihe von Prozessen gegen Gefangene, die an den beiden Straubinger Gefangenenrevolten im Sommer 1990 beteiligt waren, beginnt nun am 10. Dezember. Wir haben noch keine konkreten Informationen darüber, gegen wieviele Gefangene Prozesse stattfinden werden und wann diese terminiert sind. Auch gegen Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, wurde damals ein Ermittlungsverfahren wegen u. a. Gefangenenmeuterei eingeleitet. Jetzt haben wir erfahren, daß dieses Verfahren vor kurzem erst mit der Begründung eingestellt wurde, die zu erwartende Strafe würde hinsichtlich seiner Verurteilung zu lebenslänglich nicht ins Gewicht fallen. Offensichtlich will die bayerische Justiz die Prozesse gegen die angeklagten Gefangenen ohne Aufsehen durchziehen — ein Prozeß gegen Rolf jedoch würde unerwünschte Öffentlichkeit bewirken.

Am 22. 1. 91 stellte die Abgeordnete der Grünen im Bayerischen Landtag, Elisabeth Köhler, eine schriftliche Anfrage zu den „Ermittlungsverfahren in Verbindung mit den Ereignissen in der JVA Straubing im Sommer 1990". Wir wollen hier einige der Fragen und die Antwort der bayerischen Justizministerin Mathilde Berghofer-Weichner darauf vom 3. März 1991 dokumentieren. Ob die Angaben den heute aktuellen Stand noch wiedergeben, konnten wir nicht mehr überprüfen, jedoch vermitteln sie trotzdem einen guten Eindruck über den Umfang der Ermittlungen und die Maßnahmen der bayerischen Justiz nach der ziemlich brutalen Niederschlagung beider Revolten in Straubing.

Ich frage die Staatsregierung:
1. Gegen wieviele Gefangene sind staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet worden a) in Zusammenhang mit dem „Sitzstreik" in der JVA Straubing am 2./3. 7. 90, b) im Zusammenhang mit der „Dachbesteigung"?
a) 136. b) 104.

2. Wegen welcher Delikte wird gegen die Gefangenen ermittelt a) in Zusammenhang mit dem „Sitzstreik", b9 in Zusammenhang mit der „Dachbesteigung"?
a) Wegen Vergehen der Gefangenenmeuterei und der versuchten gefährlichen Körperverletzung. b) Wegen Vergehen der Gefangenenmeuterei, des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und der versuchten gefährlichen Körperverletzung.

3. In wievielen Fällen ist bereits Anklage erhoben worden a) in Zusammenhang mit dem „Sitzstreik", b) in Zusammenhang mit der „Dachbesteigung"?
a) In 10 Fällen. b) In keinem Fall.

5. Wie viele Strafanzeigen gegenüber Bediensteten sind in Zusammenhang mit den Ereignissen in der JVA Straubing am am 3. 8. 90 erstattet worden?
13.

7. In wievielen der gegenüber Bediensteten eingeleiteten Ermittlungsverfahren ist bereits Anklage erhoben worden, und zwar wegen welche Tatbestände?
In keinem Fall.

Besucht die Prozesse; Erster Prozeßtermin gegen Thomas Fischer: 10. 12., 8.30 Uhr, Amtsgericht Regensburg.

Noch nachzutragen haben wir — leider erfuhren wir erst so spät davon —, daß einer der zwangsverlegten Gefangenen, Ron Wedlich, über zwei Monate im Hungerstreik und zuletzt sogar im Durststreik war. Er wollte damit seine Rückverlegung von Kaisheim nach Straubing erreichen. Das bayerische Justizministerium lehnte dies jedoch bis zuletzt ab mit der Begründung, Ron sei einer der „Haupträdelsführer" der Straubinger Gefangenenrevolten gewesen. Am 24. 11. brach er den Hungerstreik ab, nachdem er zuvor ins Klinikum in Großhadern gebracht worden war. Inzwischen ist er wieder zurück in Kaisheim.

d. Red.

Ein ungehaltener Beitrag zum Zeitungsbericht über den „RAF-Gutachter" Ockelmann in der taz, 15.11.

Gleich zu Beginn eine Klarstellung: Ockelmann ist kein RAF-Gutachter. In Prozessen gegen Gefangene aus der RAF hat er nie Schriftgutachten erstellt. Die werden da auch kaum gebraucht.

Ockelmann ist der Lieblingsgutachter der Bundesanwaltschaft in Prozessen gegen Menschen aus dem Widerstand. Seine Eigenschaft, gefällige, gewünschte Urteile über kleinste Schriftproben abzugeben, die dem O. jetzt eine Geldstrafe „wegen Mitschuld an einer unschuldig erlittenen Untersuchungshaft" eingebracht hat, ist genau die, warum die Bundesanwaltschaft gern auf ihn zurückgreift und ihn den Schriftsachverständigen von LKA und BKA vorzieht. Deren Korrektheit fürchtet sie in den von ihr konstruierten Anklagen. Was LKA- und BKA-Gutachter als nicht mit Sicherheit beurteilbar befanden, reichte O. und seinen Auftraggebern aus: Ein paar übergroße Druckbuchstaben auf einer Kopie brachten Rolf Hartung 9 Monate Untersuchungshaft ein.

Ein Unding. Und Unrecht. Aber eine Methode der sogenannten wehrhaften Demokraten, denen jedes Mittel recht ist.

Die Bestrafung von O. durch das Amtsgericht in Hamburg verdeckt, daß Rolf nur der Teil eines Mosaiks war, der vier anderen auf der Basis des gleichen Gutachtens lange Haftstrafen eingebracht hat. Ja, es sieht fast so aus, als ob der Rechtsstaat auch im Zusammenhang mit 129a-Prozessen funktioniere. Das ist aber nicht der Fall, wenn die Staatsschutzjustiz es nicht will.

Zur Erinnerung: Die Ermittlungsakten Dornier waren ohne Ergebnis und ohne Hinweis auf bestimmte Personen geschlossen worden.

Christian Kluth konnte nur deshalb zu 10 und Luitgard Hornstein zu 4 Jahren Knast verurteilt werden, weil O. mit „100%iger Sicherheit" gegutachtet hatte, daß Andrea Sievering vier Briefumschläge mit verstellter Schrift adressiert habe. Dieses „Gutachten" wurde von O. auftragsgemäß Anfang Dezember 87 in einer Blitzaktion fabriziert, um endlich eine Handhabe gegen Kluth/Hornstein zu haben und die Anklage auf den Bombenanschlag auf die Daimler Rüstungstochter Dornier erweitern zu können. Genauer gesagt war es dieses Gefälligkeitsgutachten, das eineinhalb Jahre nach der eher zufälligen Verhaftung von Chris und Luiti endlich die Möglichkeit einer langen Knaststrafe eröffnete. Zu diesem Zweck nannte die Bundesanwaltschaft dem Gutachter diejenigen namentlich, die sie als Schrifturheber sehen wollte. Die, die sie sowieso schon im Knast hatte, sollten es natürlich nicht sein, sondern Menschen von draußen. Solche, die sich in der Routineüberwachung der politischen Polizei als Freunde, Sympathisanten, Unterstützer erwiesen hatten. Alles Eigenschaften übrigens, die in der BRD jederzeit kriminalisierbar sind. Die Konstruktion im Fall der Düsseldorfer ist durchsichtig, das Ziel offensichtlich. Aber sie genügte dem Oberlandesgericht Stuttgart.

Seit langem vorliegende Schriftvergleichungen des Landeskriminalamts Stuttgart und des Bundeskriminalamts, die für eine Anklage nichts hergegeben hatten, wurden beiseitegeschoben und später sogar im Urteil falsch zitiert.

Ockelmann und sein Gefälligkeitsgutachten übernahmen die Hauptrolle.

1. Von nun an wird — wo vorher gar nichts war — gegen Chris und Luiti wegen Dornier verhandelt.

2. Ca. zehn Tage nach Erstellung des BAW-gesteuerten Schnellgutachtens wird Andrea Sievering verhaftet, gleichzeitig mit Rico Prauss, dessen „strafrechtliche Schuld" in der Lebensgemeinschaft mit Luiti und der Freundschaft mit den beiden anderen zu bestehen scheint. (Lebenstatsachen wird der Bundesgerichtshof dies später in der Verwerfung von Luitis Revisionsantrag nennen.)

3. Im Frühjahr 1988 wird Rolf Hartung verhaftet. Einziger Verhaftungsgrund: Gutachten Ockelmann und die „sichere" Schrifturheberschaft für einen Warnhinweis in Druckschrift, der nach dem Anschlag auf Dornier gefunden wird. Dies jedoch gegen ein Gutachten des LKA Stuttgart.

4. Thomas Kilpper wird mit der Begründung verhaftet, er habe als Freund der anderen fünf Düsseldorfer sofort nach deren Verhaftung damit begonnen, eine neue „terroristische Vereinigung" aufzubauen. Auch er wird später mitten in seinem Prozeß entlassen.

Die beiden letzten Verhaftungen, besonders aber die von Rolf Hartung, machen wegen Ockelmann sogar in der bürgerlichen Presse soviel Aufsehen, daß die BAW sich schnellstens entschließt, die Anklage gegen Rolf fallenzulassen. Eine Diskussion um Ockelmann können die Obersten Ankläger keinesfalls gebrauchen. Sie würde die Prozeßkonstruktion gegen die vier anderen gefährden. So erhält Rolf sogar Haftentschädigung und gewinnt jetzt seinen Zivilprozeß gegen Ockelmann.

Die BAW aber bringt auf Basis Ockelmann ihre Anklage durch und erreicht:

10 Jahre Knast für Chris, weil seine Freundin die vier Umschläge beschriftet hat
4 Jahre Knast für Luiti, weil sie mit Chris verhaftet wurde, dessen Freundin die Umschläge beschriftet hat.

9 Jahre Knast für Andrea Sievering, weil sie die Umschläge beschriftet hat
9 Jahre Knast für Rico Prauss, weil er mit Luiti befreundet ist, die ... (siehe oben)

5 weitere Jahre Knast für Luiti im Revisionsprozeß, weil gemäß der „Lebenserfahrung" deutscher Richter die „Lebenstatsachen" von Luiti darauf hinweisen, daß sie in Sachen Dornier mehr getan hat, als die Freundin von jemand zu sein. Ihr Urteil ist immer noch nicht rechtskräftig — nach mehr als 5 Jahren Untersuchungshaft unter Isolationsbedingungen —, was nach der „Lebenserfahrung" urteilsfähiger Menschen die ganze Fragwürdigkeit der Staatsschutz-Rechtsprechung beweist. Was auch immer in Dutzenden von Aktenordnern der drei Prozesse über den Kern der Anklage und die sie stützenden anderen Fakten behauptet wird: Der wahre Kern ist Ockelmann und seine Auftragsgutachten.

Die deutsche Justiz hat nicht nur ihre Vergangenheit nicht bewältigt. Wenn es um die Unterdrückung und Vernichtung von Widerstand gegen das System geht, dann hat sich an ihren Methoden kaum etwas geändert. Unzählige 129a-Anklagen, mit denen Menschen verfolgt werden, die sich für bessere Haftbedingungen, die Zusammenlegung und die freie Arztwahl, u.a. auch im Zusammenhang mit diesen Gefangenen einsetzen, geben dafür Zeugnis.

Wenn der Amtsrichter in Hamburg von Mitschuld des O. spricht ...
die anderen „Mitschuldigen" sitzen im Staatsschutzjustizapparat. Unterdrückung und Vernichtung von Widerstand — schon im Ansatz ist deren Aufgabe und Ziel.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!

Gegen Faschismus und Rassismus!

An alle demokratischen Personen, Organisationen, Gruppen und Institutionen:

Die Überfälle der Neonazis reißen nicht ab. In Berlin wurde

Mete Eksi ermordet. In diesem Jahr gab es schon über 1000 faschistische Überfälle. Die faschistischen Zöglinge verstärkten ihre Angriffe parallel zu der rassistisch-reaktionären Asyldebatte und zeigten somit, daß sie organisiert sind. Ferner konnten sie mit dieser Kraftprobe ihre Organisierung verstärken. Die Polizei schreckt nicht davor zurück, die Neonazis zu beschützen und wie z.B. in Berlin AntifaschistInnen anzugreifen. CDU/CSU, SPD usw. geben sich größte Mühe, die Überfälle als Taten einzelner Krimineller zu werten und die faschistischen Organisationen und Aggressionen zu verharmlosen. Im Grunde gibt es in der ausländerfeindlichen Position der hiesigen Parteien nur graduelle Unterschiede — irgendeine Begrenzung der Anwesenheit von Flüchtlingen halten alle für nötig.

Dazu sagen wir ganz klar: Nein!
Die Menschen haben ein Recht, hierher zu kommen!

Niemand flieht freiwillig! Solange die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung — und da steht die Bundesrepublik europaweit an erster Stelle — in den zurückgehaltenen Ländern (der sog. „Dritten Welt") nicht beendet werden, solange es keine gerechtere Verteilung der Güter in der Welt gibt, solange haben die Menschen das Recht, gerade dorthin zu fliehen, von wo ihr Elend ausgeht!

Hinter dem Faschismus steht das Kapital!
Um den „Europäischen Binnenmarkt" zu realisieren, führen die Monopole wirtschaftliche und politische Angriffe gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen — und zwar egal, welcher Nationalität sie sind — durch. Denn wie anders soll der Plan von einem „Großdeutschland" und „Europa der Vaterländer" durchgesetzt werden, als mit
— Steuererhöhung, niedrigen Löhnen, Inflation
— Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit
— Abbau der demokratischen und sozialen Rechte
— Verhinderung gleicher politischer und sozialer Rechte für Ausländer?!

Hinter dem angeheizten Rassismus stehen sehr alte Pläne, die Pläne des Hitler-Deutschland von einem „Großdeutschland", von den „Kornkammern im Osten", von der „gottgegebenen Vormachtstellung der Deutschen". Mit der Annexion der DDR, der Ausplünderung der osteuropäischen Staaten verschafft sich die BRD das für ihre Pläne wichtige ökonomisch-politische Sprungbrett.

Freundinnen und Freunde,
wir, einige deutsche und ausländische Gruppen und Organisationen, haben im Licht dieser Tatsachen unsere Kräfte vereint, um den faschistischen Organisationen und Angriffen, dem Rassismus effektiver entgegentreten zu können. Wir wissen aber auch, daß es außer uns eine Reihe von Organisationen und Personen gibt, die einen Kampf führen oder führen wollen. Wenn wir diese Kräfte vereinen könnten, käme dabei ein bemerkenswert großer Zusammenschluß heraus. Wir sind der Ansicht, daß es keine großen Hindernisse vor der Vereinigung der einzelnen antifaschistischen Kräfte gibt.

Daß wir nicht vereint sind, macht unseren Feinden ihre Arbeit leichter. Nur wenn wir unsere Kräfte vereinen, können wir die Hindernisse vor dem Zurückschlagen der Angriffe der herrschenden Klassen beseitigen; nur dann kommen wir im antifaschistischen Kampf weiter. Sonst können wir nicht verhindern, daß sich die Geschichte wiederholt, daß das ganze Leiden und Elend erneut durchgemacht werden muß. Deswegen müssen wir uns bundesweit zusammenschließen, um unsere Kräfte und unseren Kampf zu verstärken.

Keine einzige Antifaschistin und kein einziger Antifaschist darf diesem organisierten Kampf fernbleiben! Der Weg, der zu einer bundesweiten Plattform führt, kann nicht daran vorbeigehen, daß wir unsere Einheit und unseren Kampf auf regionaler bzw. lokaler Ebene gemeinsam verstärken. Der Zusammenschluß und der gemeinsame Kampf aller AntifaschistInnen erscheint uns unumgänglich, wenn wir die strukturellen Probleme der AntifaschistInnen in der BRD berücksichtigen. Unsere Kräfte können wir nur im täglichen Kampf vereinen.

Wir fordern die Menschen auf, antifaschistische Komitees an den Schulen, in den Häusern, den Stadtteilen, den Universitäten und in den Betrieben zu bilden! Es gibt viele Formen des antifaschistischen Kampfes, die heute notwendig sind, die Menschen sollen ihren Fähigkeiten entsprechend Aufgaben übernehmen:
— Verteilt Flugblätter und Informationen
— Denunziert das neue Ausländergesetz des Staates
— Schließt Euch zusammen, wo immer Ihr Euch trefft
— Organisiert gemeinsame kulturelle Veranstaltungen und Festivals
— Verhindert die Organisierung und das Auftreten von Neonazis
— Verhindert aktiv bevorstehende Abschiebungen
— Verhindert die Internierung von Flüchtlingen in Sammellagern

Als Ausdruck konkreten Protests schlagen wir vor, bundesweit Streik- und Protestaktionen vorzubereiten. Läden können für einen Tag schließen, die Schüler nicht in die Schule, die Studenten nicht an die Unis, die Arbeiter nicht zur Arbeit gehen!

Organisiert den Antifaschistischen Selbstschutz!
Zerschlagt die faschistischen Organisationen!
Kämpft für das Verbot der faschistischen Organisationen und Parteien!
Kämpft für die gleichen politischen und sozialen Rechte für AusländerInnen und Deutsche!
Hoch die internationale Solidarität!

Dieser Aufruf wird unterstützt von: AGIF, Devrimci Sol Güçler, DIDF, Friedenforum Rhein-Sieg, Hennefer für den Frieden, Infoladen Bonn, Infoladen Wiesbaden, KPD, Palästinagruppe Westberlin.

Wir laden Euch zu einem bundesweiten Treffen ein, um über diese Plattform und die weitere Koordination zu sprechen: **Köln, 14.12., 13 Uhr, Balthasarstr. 18** (schräg gegenüber der Alten Feuerwache), Kulturverein des Volkes.

Unsere vorübergehende Kontaktadresse ist:
Bundesplattform gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit (BRA), c/o DIDF, Jägerstr. 77, 4100 Duisburg 11, Tel.: (0203) 53289, Fax. (0203) 53804.

Presseerklärung der Flüchtlinge vom 8.11.91

Wir sind die Flüchtlinge, die nach Greifswald in ein ehemaliges NVA-Krankenhaus in der Ex-DDR gehen mußten, nach 45 Tagen des Widerstandes in der Anschar-Kirche in Neumünster. Am Anfang (12.9.91) entschieden wir, einige Flüchtlinge, uns, die Flüchtlingspolitik, die menschliches Leben mißachtet, indem sie Flüchtlinge in Massen in ein Massaker schickt, zu stoppen. Und wir sagten „Keine Abschiebung in die Ex-DDR". Dies war die Parole unserer Botschaft, die wir versucht haben an die Menschen weiterzutragen, nämlich die Gefahr des drohenden Faschismus in der Ex-DDR. Unser Widerstand erreichte die, die in der Ex-DDR geschlagen, angegriffen und gejagt wurden, so daß sie in unserem Kampf Schutz suchten und sich uns später in der Anschar-Kirche anschlossen. Denn unser Kampf bedeutet, Leben zu schützen, vor den rassistischen blutigen Händen des wachsenden Faschismus, der besonders intensiv in der

Ex-DDR ist, der beabsichtigt, alle Flüchtlinge aus Deutschland zu vertreiben.

Die gut organisierte Abschiebungspolitik der Regierung mußte durch unseren Widerstand eine Pause einlegen. Viele Menschen konnten sich nicht vorstellen, daß solche Menschen, die das schwächste Glied in der gesellschaftlichen Kette sind, eine eigene Meinung bilden, sich ihre eigenen Rechte nehmen und der Ungerechtigkeit widerstehen. Aber die Regierung erkannte die Tatsache, daß die Flüchtlinge es wagten, „STOP“ zu sagen. Deshalb behandelte die Regierung diesen Widerstand sehr ernst, und sie fingen an, ungerechte Strategien und Taktiken gegen die Flüchtlinge, die ungeschützt sind, anzuwenden. Denn jede Veränderung unserer Meinung würde einen Rückschritt bedeuten oder eine Veränderung in der Abschiebepolitik der Regierung. So daß sie die Schuld auf die UnterstützerInnen, die AntifaschistInnen sind, schieben. Sie versuchen den Eindruck in der Öffentlichkeit zu erwekken, daß die Flüchtlinge nur das Instrument von extremistischen politischen Gruppen sind. Sie wußten, daß sie die Presse und die Medien leicht benutzen können, und sie taten es. Mit Hilfe der Medien zeichneten sie ein Bild vom geistig armen, schwachen, unnützen Charakter der Flüchtlinge.

Wir sind die Flüchtlinge, die der Gewalt der Neonazis ins Gesicht sehen müssen, die das Subjekt/Ziel der faschistischen Angriffe sind. Wir wurden bedroht: ausgewiesen zu werden, gejagt zu werden, geschlagen zu werden und sogar getötet zu werden, von Faschisten, Unmenschen. Und natürlich haben wir Flüchtlinge kein anderes Recht als Wasser zu trinken und Luft zu atmen, aber nicht die Luft der Freiheit, so daß wir nach Hilfe bei Antifaschisten und Humanisten fragten. Dies ist eine Angelegenheit von Menschlichkeit, aber wenn die Regierung Politik macht, kann man sich nicht nur durch „guten Willen“ verteidigen. Deshalb unterstützen sie uns voll, weil politische Hilfe gleichzeitig auch menschliche Hilfe für die Menschen ist, deren Leben in Gefahr ist im Falle einer Abschiebung in die Ex-DDR.

Bevor es nach Greifswald ging, erklärten wir Flüchtlinge am 20. Oktober, daß wir gezwungen worden sind, uns in Gefahr zu begeben, und wir erklärten auch, daß wir nicht glücklich mit dieser Entscheidung sind. Denn wir wußten, daß in der Ex-DDR jede Stadt ein Beispiel für Hoyerswerda sein konnte, eine Tragödie, verursacht durch die Politik der Regierung.

Wir wollten kein weiteres Beispiel dieser Tragödie werden und auch kein Instrument der Regierung. Und in dieser Erklärung sagten wir auch, daß, wenn wir nach Greifswald gehen müssen, der Widerstand und der Kampf noch nicht beendet sind. So fragten wir die Humanisten und alle Demokraten und Antifaschisten, uns später zu unterstützen. Innerhalb einer Woche in Greifswald bekamen wir ein weiteres Beispiel dieser Tragödie zu spüren. Wir wurden angegriffen von Faschisten (sie sagten Hooligans), die Steine warfen, scharfe Waffen auf uns richteten, wir wurden von einem blutrünstigen Mob von über hundert Leuten gejagt, der mit seinen Waffen auf uns feuerte. Wir verteidigten unsere Kinder mit unseren Körpern, indem wir uns schützend vor sie stellten. Nun wissen es alle.

Die Regierung und ihre HelferInnen sind jetzt in einer sehr schwierigen Position.

Wir müssen der Regierung nichts beweisen, denn der Prozeß unseres Handelns ist das natürliche Ergebnis einer verfehlten Abschiebepolitik der Regierung. Darum attackierte die Regierung jetzt unsere UnterstützerInnen, die uns dadurch, daß sie uns nach Schleswig-Holstein zurückbrachten, das Leben retteten. Nach dem Angriff sendeten wir Hilferufe nach Schleswig-Holstein. Die Anschar-Gemeinde verwehrte uns ihre Hilfe; andere UnterstützerInnen jedoch antworteten auf unsere Hilfegesuche. Sie kamen mit vielen Leuten und brachten uns mit einem Autokonvoi in Sicherheit. Greifswald war ein Risiko für unser Leben, und wir klagen die Ungerechtigkeit von Greifswald an.

Wir sind keine Versuchsobjekte für irgendwelche Experimente, sondern Menschen.

Nun in Norderstedt erheben wir einmal mehr unsere Stimme, die Abschiebepolitik zu stoppen, und wir rufen Euch dazu auf, uns Eure volle Unterstützung und Solidarität zu geben und diese Ungerechtigkeit zu stoppen.

Demonstration zur Unterstützung der Flüchtlinge: Norderstedt, 7. 12., 12 Uhr, U-Bahnstation U 1 Garstedt

Prozeßtermine

Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough

Für den Prozeß gegen die beiden irischen Genossen vor dem OLG Düsseldorf in der Tannenstraße haben wir bisher leider keine neuen Termine. Erkundigt Euch danach in Euren Infoläden oder — warum nicht? — telefonisch bei der Geschäftsstelle des Oberlandesgerichtes.

Kurdenprozeß

Der Kurdenprozeß in Düsseldorf am OLG in der Tannenstraße findet dienstags und mittwochs jeweils um 9.15 Uhr statt.

Kurdenprozeß in Celle

Der sog. zweite PKK-Prozeß gegen vier KurdInnen und Kurden (zwei von ihnen sind seit September bzw. April 1990 unter Isolationshaftbedingungen im Knast) vor dem OLG Celle findet dienstags um 9.45 Uhr und mittwochs um 9.15 Uhr in der Kanzleistr. 4 statt.

Termine

Bruchsal. 7. 12., 13 Uhr, Marktplatz, Knastkundgebung.
Berlin. 7. 12., 11 Uhr Alexanderplatz und 13 Uhr Joachimstaler Platz, Kundgebung „4 Jahre Intifada!“
Norderstedt. 7. 12., 12 Uhr, Station U 1 Garstedt, Demonstration zur Unterstützung der Flüchtlinge.
Itzehoe. 15. 12., 14 Uhr, Kundgebung vor dem Knast zu Ralf und Knud. Abfahrt 13 Uhr Sternschanze Hamburg.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Helga Prauß. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 370 101 11, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 448630-102.